

1 *Beschluss des Bundeskoordinierungstreffens der Juso-Hochschulgruppen vom 22.-24.5. 2015:*

## 2 **Fristen sind demokratieschädigend - Die Fristen in den** 3 **auslaufenden Lehramtsstudiengängen in NRW verhindern!**

4  
5 Die Juso-Hochschulgruppen unterstützen daher die NRW-weite Unterschriftenkampagne  
6 „Keine Zwangsexmatrikulationen – für ein kritisches und angeregtes Studium“ und setzen  
7 sich dafür ein, dass alle Studiengänge entfristet werden. Konkret setzen sie sich dafür ein,  
8 dass die Fristen für die Lehramtsstudierenden in NRW abgeschafft werden.

### 9 **Begründung:**

10 In NRW macht sich ein Bündnis aus den Lehramtsfachschaften NRW und Betroffenen  
11 zusammen mit den GEW Studis und dem bundesweiten Studierendenverband fzs auf, die  
12 Fristen und angedrohten Zwangsexmatrikulationen in den auslaufenden  
13 Lehramtsstudiengängen (Staatsexamen bzw. Modell-Bachelor/Masterstudiengänge)  
14 abzuschaffen.

15 Noch unter der ehemaligen CDU-FDP-Landesregierung war die Umstellung der  
16 Lehramtsstudiengänge auf das Bachelor/Master-System beschlossen worden. Mitbeschlossen  
17 wurde auch, dass die bisherigen Staatsexamensstudiengänge (LPO-2003) und die  
18 Bachelor/Master-Modelllehramtsstudiengänge zum Ende des Sommersemesters 2016  
19 (Grund-, Haupt-, Realschule) bzw. 2017 (alle anderen Schulformen) auslaufen sollen. Alle  
20 Kommilitoninnen und Kommilitonen, die dann noch in diesen Studiengängen studieren,  
21 sollen zwangsexmatrikuliert werden oder müssen zwangsweise in den Bachelor wechseln.

22 Die Fristen sind demokratieschädigend: Der Druck forciert Lernen mit der Angst im Nacken,  
23 behindert Lernen aus Interesse, kritisches Hinterfragen und Kooperation. Besonders schädigt  
24 es die Möglichkeit, sich in Hochschule (Fachschaften, Studierendenparlament etc.) und  
25 weiterer Gesellschaft für eine menschenwürdige Gesellschaftsentwicklung einzusetzen – das  
26 ist das Gegenteil einer Hochschule als Schule der Demokratie.

27

28 Ein langes und ausführliches Studium ist kein egoistisches Leben auf Kosten der  
29 Allgemeinheit, sondern die Abschaffung von Fristen bedeutet wesentlich verbesserte  
30 Bedingungen für eine neue Kultur des kritischen Hinterfragens, der lebendigen Debatten, der  
31 Anteilnahme und der kooperativen Erkenntnisbildung zur Humanisierung von Schule und  
32 Gesellschaft. Erkenntnisproduktion beginnt nicht erst nach dem Abschluss.

33

34 Mittlerweile haben über 4500 Mitbürger\*innen die Petition „Keine Zwangsexmatrikulationen  
35 – für ein kritisches und angeregtes Studium“ unterschreiben, mit der das erwähnte Bündnis  
36 die Abschaffung der Fristen fordert. Für eine Verlängerung der Fristen haben sich die  
37 Prorektorenkonferenz NRW sowie der Senat der Universität Köln ausgesprochen. Auch in der  
38 Presse wird breit der Anspruch aufgegriffen, dass Bildung zur Entwicklung von „mündigen,  
39 kritischen Bürgern“ (WAZ vom 24.04.2015) beitragen muss.

40 Der aktuelle Vorschlag des Schulministeriums unter Sylvia Löhrmann (Grüne) zur Reform  
41 der Fristen ist keiner und widerspricht allen Ambitionen und Forderungen aus den

42 Hochschulen. Die Fristen bleiben, wie sie sind: keine Abschaffung, nicht einmal eine  
43 Verlängerung. Ausschließlich eine fast unerfüllbare Härtefallregelung soll Teil des Gesetzes  
44 werden: Man kann nur dann Verlängerung gewährt bekommen, wenn man z.B. zum Zeitpunkt  
45 einer Erkrankung Urlaubssemester genommen hat und dies damals mit Härtefallgründen  
46 begründet hat – dies passiert so fast nie.

47 Härtefallregelungen sind keine Alternative zur Abschaffung der Fristen: Die Fristen sind das  
48 Problem, nicht die KommilitonInnen, die sich nicht an diese halten (wollen).